

# Auflehnung gegen den Steuer-Deal

Die Abgeltungssteuer stösst bei der SPD und in der EU auf Kritik. Um das Abkommen zu retten, müsste Bern weitere Konzessionen an Berlin machen. *Von Pierre Heumann*



Grösstmögliche Zugeständnisse: Widmer-Schlumpf, Schäuble, im September in Berlin.

Was Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf im September noch als grossen Erfolg der Schweizer Steuermannschaft feierte, ist jetzt bereits wieder in Frage gestellt. Die Schweiz möchte zwar an der Abgeltungssteuer so festhalten, wie sie vereinbart worden sei, heisst es im Finanzdepartement. Widmer-Schlumpf preist das Abkommen mit Berlin als Modell, um auch mit anderen Staaten Steuerprobleme zu lösen, ohne das Bankgeheimnis zu knacken. Erste Sondierungen haben bereits mit Griechenland stattgefunden. Interesse am Modell Abgeltungssteuer zeigen auch andere Länder, darunter Italien. Die Banken preisen die Abgeltungssteuer als Alternative zum automatischen Informationsaustausch, den die OECD anstrebt.

Statt jetzt aber die Vorlage ins Parlament zu bringen und dann die Umsetzung der Abgeltungssteuer in nationales Recht voranzutreiben, damit das Abkommen wie vorgesehen am 1. Januar 2013 in Kraft treten kann, muss der Unterhändler der Finanzministerin, Staatssekretär Michael Ambühl, wohl nochmals über die Bücher. Deutschland hat zwar formell noch keine Nachverhandlungen verlangt. Aber die Schweiz und Deutschland diskutieren derzeit über Auslegungsfragen des Abkommens.

Denn sowohl in Deutschland als auch in der EU regt sich Widerstand gegen die Steuer, mit der deutsche Vermögenswerte, die auf Schwei-

zer Banken liegen, versteuert werden sollen. Noch bevor die Tinte unter dem Vertrag trocken ist, muss damit gerechnet werden: Der Deal ist kein Deal. Die deutsche Opposition will mehr aus deutschen Bankkunden in der Schweiz herausholen, und die EU meldet Vorbehalte an, weil sie sich in ihrem Hoheitsrecht bedroht fühlt.

Im Bundestag dürfte die Abgeltungssteuer zwar Zustimmung finden, da dort die Regierungsparteien in der Mehrheit sind. In der deutschen Länderkammer, dem Bundesrat, wo die Opposition dominiert, könnte das Abkommen aber scheitern oder abgeändert werden. Im Bundesrat werden Entscheidungen in der Regel in einer Art Kuhhandel getroffen. «Die Opposition wird Teile ihrer Einwendungen umgesetzt sehen wollen oder andernfalls voraussichtlich eine Zustimmung verweigern», sagt die Kölner Steuerberaterin Annette Ollig. Es sei deshalb wahrscheinlich, dass das Abkommen zumindest an einigen Stellen geändert werden müsse.

Sollte es zu Nachverhandlungen kommen, sind die Konsequenzen klar – und für Bern alles andere als erfreulich. Weil die Schweiz das Abkommen nicht scheitern lassen will, wird sie weitere Konzessionen machen. Diese würden wahrscheinlich vor allem drei Bereiche betreffen, sagt Steuerexpertin Ollig. Im unterschriebenen Abkommen wird erstens festgehalten, dass Deutschland in maximal 999 Fällen innerhalb von zwei Jahren Steuerauskunft anfordern dür-

fe. Diese Begrenzung hält die deutsche Linke für zu gering. Um den Widerstand gegen das Abkommen zu brechen, müsste Widmer-Schlumpf einer Erhöhung der Zahl zustimmen. Je höher diese zu liegen kommt, desto umfassender wird der Informationsaustausch, was das Bankkundengeheimnis weiter aushöhlen würde.

## Aussicht auf das schnelle Geld

Kritisiert wird in Deutschland zudem, dass Steuerhinterzieher anonym bleiben. Sie gehen nicht nur straffrei aus, sie können auch von relativ tiefen Steuersätzen profitieren. Während der deutsche Staat zum Beispiel bei grossen Erbschaften bis zu fünfzig Prozent kassiert, soll vererbtes Vermögen, das in der Schweiz liegt, laut den Bestimmungen der Abgeltungssteuer mit einem bedeutend bescheideneren Satz belegt werden.

Kritisch zum Abkommen äussert sich auch die EU-Kommission. Deutschland sei derzeit mit der EU im Gespräch, um Missverständnisse auszuräumen, sagt Ollig. Die EU-Kommission wirft Berlin vor, ihr mit dem Abkommen in den Rücken zu fallen. Während die EU-Kommission die Schweiz in den automatischen Informationsaustausch einbinden wolle, lasse sich Deutschland durch die Aussicht auf das schnelle Geld blenden, heisst es in Brüssel.

Sowohl Bern als auch Berlin hätten die Kritikpunkte bereits beim Verhandeln gesehen, ist die deutsche Steuerberaterin Ollig überzeugt: «Es überwog jedoch das Interesse an einer von beiden Seiten akzeptierten, pragmatischen und zeitnahen Lösung.»

Der Finanzministerin war das Abkommen gar so wichtig, dass sie auch bei den CDs mit Daten von Schweizer Bankkunden grösstmögliche Zugeständnisse machte. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat sich gegenüber der Schweiz nämlich nicht verpflichten müssen, auf den Erwerb entwendeter Daten von Schweizer Bankkunden zu verzichten. Derzeit würden mindestens drei derartige CDs von verschiedenen Länder-Finanzministern geprüft, weiss das *Handelsblatt*. Das widerspricht dem Geist des Abkommens über die Abgeltungssteuer in keiner Weise. Denn am Ende des 63 Seiten umfassenden Abkommens findet sich eine «Erklärung» der Bundesrepublik Deutschland über ihr künftiges Verhalten gegenüber Datenklau. Sie distanziert sich in keiner Weise vom Kauf gestohlener Informationen über Bankkunden. Die deutschen Finanzbehörden gestehen Widmer-Schlumpf lediglich zu, dass sie sich «nicht aktiv um den Erwerb von bei Banken in der Schweiz entwendeten Kundendaten» bemühten. ○